

AUSGABE VOM 23. JUNI 2017

Koalitionsvertrag: Neustart von Union und FDP nützt NRW

Der Kölner CDU-Politiker Karsten Möring freut sich über den Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Regierungskoalition in Düsseldorf und nennt ihn einen „Glücksfall für NRW“. „Mehr Innere Sicherheit, bessere Bildungschancen für unsere Kinder, Vorfahrt für Arbeitsplätze, mehr Wohnungsbau, ideologiefreie Umwelt und Verkehrspolitik – das alles ist ein gutes Fundament für eine Regierungsarbeit, die den Menschen nicht im Weg steht, sondern die Bahn frei macht“, so MdB Möring.

„Auch Köln profitiert von den geplanten Vorhaben. Die neue Regierungskoalition von Armin Laschet und Christian Lindner steht für einen deutlich weniger ideologisch getriebenen bürgerlichen Politikstil. Mehr Pragmatismus zum Wohle des Landes - das wünschen sich die Bürger und Unternehmen in NRW!“

Politik sucht Lösungen für Stickoxidproblem bei Dieselfahrzeugen

Die Luftverschmutzung durch Dieselfahrzeuge, insbesondere in vielen Städten und die Debatte über drohende Fahrverbote beschäftigen auch die Umwelt- und Verkehrspolitiker in Berlin. Am Donnerstag hat der Untersuchungsausschuss „Abgas“ dem Bundestagspräsidenten seinen Abschlussbericht übergeben. Im Untersuchungsausschuss wurden 13 Sachverständige und 57 Zeugen angehört. Dabei habe sich gezeigt, so MdB Karsten Möring, dass der von der Opposition gebetsmühlenartig wiederholte Vorwurf des organisierten Staatsversagens sich im Abschlussbericht nicht wiederfinden konnte.



Der Bund fördert Elektromobilität und alternative Antriebe: MdB Karsten Möring nutzt das Info-Angebot von BMW, ein Auto mit Wasserstoff-Brennstoffzelle vor dem Berliner Reichstag fahraktiv zu erleben (Foto: BMW/Reiner Zensen)

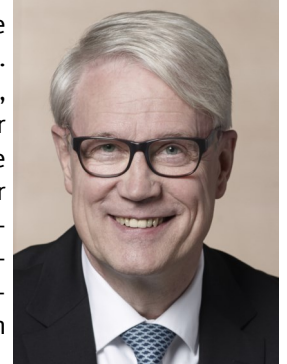
„Die Konzentrationen von Feinstaub und Stickoxyden sind auch für Köln ein akutes Problem, das bisher ungelöst ist. Wir stehen in einem Vertragsverletzungsverfahren, das die EU gegen Deutschland führt und das insbesondere große NRW-Kommunen betrifft, fest an der Seite der betroffenen Städte“, so MdB Karsten Möring. Pauschale Fahrverbote wollen wir definitiv nicht, so der Kölner Umwelt- und Verkehrsexperte: „Wir brauchen einen ganzheitlichen Ansatz und langfristige Lösungen, die Umwelt, Mobilität und Lebensrealität in den Städten gleichermaßen berücksichtigen,

wie etwa Taxen oder Busse im ÖPNV mit alternativen Antrieben auszustatten. Das ist der Weg, den wir gehen wollen.“

MdB Möring drängt auf Rahmenbedingungen, die für Kommunen wie Köln einen Rechtsrahmen schaffen, um selbstständig zu handeln. „Mein Ziel ist immer, möglichst die Ursachen von Umweltverschmutzungen zu bekämpfen.“ Dies sei besser, als über Verbote entstandene Verschmutzungen zu kompensieren. Die Autoindustrie sei gefordert neue Möglichkeiten aufzuzeigen, so wie es einst beim Katalysator der Fall gewesen sei. Auf EU-Ebene müssten die Gesetze den technischen Möglichkeiten angepasst werden, damit es keine „scheunentor großen Ausnahmen“ mehr gebe.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

der verstorbene Altkanzler Dr. Helmut Kohl, der die Bonner Republik prägte und die Berliner Republik in Europa verankerte, war für unser Land ein Glücksfall.



Die beeindruckende Rede des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert beim Trauerakt im Bundestag am Donnerstag war dies auch ([Link zur Rede](#)). Sie half, den Blick für einen kurzen Moment wegzulenken vom sprachlos machenden Trauerspiel, das sich in Oggersheim abspielt. Ich bedauere sehr, dass es keinen deutschen Staatsakt geben wird. Auch die Bürger in Deutschland haben ein Recht darauf, Abschied zu nehmen. Ich werde das am kommenden Dienstag mit vielen meiner Kolleginnen und Kollegen in einer Totenmesse für Kohl in Berlin tun und auch an der europäischen Trauerfeier in Straßburg teilnehmen. Helmut Kohl ist für mich die prägende und historische Persönlichkeit beim Übergang von der Bonner zur Berliner Republik. Er war ein Glücksfall im Schicksalsmoment der Jahre 1989/90.

Es ist gut, dass sich der Bundestagspräsident namens der Bundesrepublik zu Wort gemeldet hat. Er fand genau die richtigen Worte, diesem großen Mann und seinem Charakter in seinen großen Leistungen und auch in seinen Schwächen gerecht zu werden. Wir alle haben Grund, uns seiner in Dankbarkeit zu erinnern.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

Die Bundeswehr zieht aus Incirlik (Türkei) ab

Der Bundestag hat am Mittwoch dem Antrag von Union und SPD auf Verlegung des Bundeswehrrkontingents vom türkischen Incirlik in das jordanische Al Azraq mit 458 Ja-Stimmen bei 85 Gegenstimmen und 23 Enthaltungen zugestimmt. Die Koalitionsfraktionen bedauern, dass die Voraussetzung zur weiteren Stationierung der Bundeswehr in Incirlik nicht gegeben sei.

„Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee, die der Kontrolle des Bundestages unterliegt“, so MdB Karsten Möring, der ebenfalls für die Verlegung gestimmt hat. Zur Erfüllung seiner verfassungsgemäßen Aufgaben müsse der Besuch von Mitgliedern des Bundestages bei im Auslandseinsatz stationierten Soldaten grundsätzlich möglich sein. Dieses Besuchsrecht hat die türkische Regierung jedoch seit über einem Jahr verweigert, zuerst wegen der Armenienresolution des Bundestages, neuerdings weil Deutschland türkischen Soldaten wegen politischer Verfolgung in der Türkei Asyl gewährt hat. „Diese Entscheidung der Türkei ist falsch und widerspricht dem Wertekanon der NATO. Sie erschwert unnötig den Kampf der Staatengemeinschaft gegen das terroristische Regime des IS. „Das Verhalten der Türkei lässt uns leider keine andere Wahl als den Abzug der Flugzeuge aus der Türkei“, so MdB Karsten Möring.

Trauer um Altkanzler Dr. Helmut Kohl



MdB Karsten Möring trug sich im Reichstag in das Kondolenzbuch für den am 16. Juni verstorbenen Dr. Helmut Kohl ein. Für Köln regt Möring als zeitnahe Würdigung für den Altkanzler einen Helmut-Kohl-Platz oder eine Helmut-Kohl-Straße an. „Ehre wem Ehre gebührt: Für diese politische Ausnahmeerscheinlichkeit der Nachkriegsgeschichte halte ich es für selbstverständlich, auch in der Domstadt geeignete Objekte nach dem Ehrenbürger Europas und Kanzler der Einheit zu benennen“, so MdB Möring in Berlin. Kohl, der bis 1991 von Bonn aus regierte, kam immer gerne nach Köln. (Foto: privat)

Stärkung und Aufwertung des Pflegeberufs

Der Deutsche Bundestag hat die Pflegereformen dieser Legislaturperiode mit der Reform der Pflegeausbildung abgeschlossen. Nachdem schon die bisherigen Reformschritte für mehr Leistungsempfänger bessere Leistungen in der Altenpflege gebracht haben, sorgt das am Donnerstag verabschiedete Pflegeberufereformgesetz dafür, dass auch bei der erwarteten steigenden Zahl Pflegebedürftiger ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht.

„Deshalb starten wir ab 2020 einen Praxistest und lassen eine Zeit lang mehrere Ausbildungswege zu. Alle Auszubildenden im Pflegebereich werden die ersten zwei Jahre lang gemeinsam ausgebildet. Danach können sie entscheiden, ob sie sich im dritten Jahr auf Kinderkrankenpflege oder Altenpflege spezialisieren oder ob sie Generalisten bleiben möchten. Uns war wichtig, dass diese drei Berufsabschlüsse erhalten bleiben und gleichberechtigt nebeneinander stehen bis wir wissen, wie sie sich in der Praxis bewähren. Nach sechs Jahren wird dann ausgewertet, welche Abschlüsse tatsächlich gewählt wurden. Haben mehr als 50 Prozent den generalistischen Abschluss gewählt, sollen die eigenständigen Berufsabschlüsse auslaufen.“

Eine große Sorge für uns war, dass der Nachwuchs ausbleibt, weil Schüler mit Hauptschulabschluss mit der neuen Ausbildung überfordert sein könnten. Deshalb ist nun vorgesehen, dass Pflegeschüler bereits nach zwei Jahren die Ausbildung mit einer Prüfung beenden können und dann zukünftig als Pflegeassistenten arbeiten können.

Dazu passend werden mit dem Gesetz außerdem pflegerische Aufgaben definiert, die für die Qualität der Pflege und den Schutz der Patienten besonders wichtig sind und die deshalb allein dem voll ausgebildeten Pflegepersonal vorbehalten sind. Dadurch wird der Beruf deutlich aufgewertet. Positiv ist auch, dass zukünftig das Schulgeld für die Ausbildung in der Altenpflegeschule der Vergangenheit angehört. Dies alles sind wichtige Beiträge, dem Fachkräftemangel in der Pflege wirksam zu begegnen“, so MdB Karsten Möring.

Das Gesetz soll stufenweise in Kraft treten. Damit soll sichergestellt werden, dass bis zum Start der neuen Ausbildung eine entsprechende Ausbildungs- und Prüfungsverordnung vorliegt. Der erste Ausbildungsjahrgang soll 2020 beginnen.

Impressum:

Ausgabe Nr. 10/2017
23. Juni 2017

Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter